



öffentlich

Betreff:
Straßenreinigungsgebührensatzung

Erstellungsdatum 01.02.2005

Eingang 902:

Einreicher: Fraktion CDU, Fraktion SPD, Fraktion BürgerBündnis

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.02.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird vor dem Hintergrund der fortwährenden Kritik an der Straßenreinigungsgebührensatzung beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten, wie die bestehende Straßenreinigungsgebührensatzung in ein gerechtfertigtes Gebührenerhebungs- und Gebührenverteilungsverfahren überführt werden kann. Dabei soll ein Kostendeckungsgrad von rund 74 Prozent der Gesamtkosten sichergestellt werden. Zusätzlich ist die Möglichkeit zu prüfen, dass die noch unvermessenden Grundstücke bis April 2005 durch einen Dritten und zu dessen Lasten vermessen werden. Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Möglichkeit der Einführung einer Härtefallklausel im Rahmen des individuellen Verwaltungsermessens in die Straßenreinigungsgebührensatzung zu prüfen, hierzu sind ggf. mögliche Formulierungsvorschläge zu unterbreiten.

gez. Friederich
Fraktion CDU

gez. Mühlberg
Fraktion SPD

gez. Bankwitz
Fraktion BürgerBündnis

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Kritik an den o. g. Satzungen ist immens. Sie gipfelte u. a. in einer Bürgerversammlung im Kulturhaus Babelsberg vom 26. Januar 2005 mit ca. 200 betroffenen Bürgern, die sich ihrem berechtigten Zorn Luft machten. So wurde vor allem beklagt, dass

- die eingelegten Widersprüche nicht bürgernah beschieden worden sind,
- das Quadratwurzelpinzip nachweislich größere Grundstücke bevorzugt sowie
- die Gebührensteigerungsrate mehr als 1.000 Prozent ausmachen.

Als Vertreter des Souveräns in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam sehen wir es deshalb als unsere Pflicht an, schnellstmöglich eine Lösung des Problems herbeizuführen.